



GÖTTINGER BLÄTTER

03.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

**Kurze Zusammenfassung des Vortrags von Kai Budler anlässlich der
2. Kommunalpolitischen Konferenzen:**

► **Wut, Verachtung, Ablehnung: der Dreiklang rechter Gewalt**

Dass etwa zur gleichen Zeit zu der Kai Budler sein Referat zu rechten Strategien und rechter Gewalt auf unserer 2. Kommunalpolitischen Konferenz hielt, Frauke Petry, die Bundesvorsitzende der AFD sich für den Einsatz von Waffen gegen Flüchtlinge aussprechen würde, konnte keiner von uns wirklich ahnen. Das allein aber zeigt schon die Aktualität und Wichtigkeit der Thematik und die Notwendigkeit politischer Gegenwehr. Die Göttinger Linke muss auch vor Ort gemeinsam mit anderen Antifaschist*innen Strategien dagegen entwickeln und umsetzen und auch im Kommunalwahlprogramm prominent aufgreifen.

Kai Budler zeigte, unterlegt mit kurzen Ton-, Bild- und Videoaufnahmen anschaulich und eindrucksvoll insbesondere den verhängnisvollen Weg seit den rassistischen Äußerungen des Thilo Sarrazin und seines Buchs „Deutschland schafft sich ab“ (SPD) bis zu den heutigen Äußerungen eines Björn Höcke, Alexander Gauland und einer Frauke Petry der AFD. Spätestens seit 2010, als in einer Wähler*innenbefragung 18% der Befragten sich dazu bekannten, sie könnten sich vorstellen, eine fiktive Sarrazin Partei zu wählen, wurde offensichtlich, dass Rassismus, menschenfeindliche Einstellungen und Chauvinismus längst auch in Teilen der sogenannten bürgerlichen Mitte ihre Sympathisanten gefunden hatten. Eindrucksvoll und bedrückend zugleich war die dokumentarische Gegenüberstellung von Aussagen und Kommentaren von Bürger*innen anlässlich der Brandanschläge Anfang der 1990er in Lichtenhagen und Hoyerswerda und heutigen Pegida Teilnehmer*innen. Kai Budler konnte

sehr überzeugend aufzeigen, wie diese in Teilen noch diffuse Mischung aus Fremdenfeindlichkeit, Politikverdrossenheit und Abstiegsängsten gezielt von offen rechtsextremen und neonazistischen Gruppierungen aufgegriffen werden. Die von ihnen immer häufiger verübten Gewalttaten und Verbrechen werden offen von ihnen als „Vollstreckung des Volkswillen“ propagiert. Erschreckend - obwohl ja bekannt - war das Aufzeigen der Zunahme von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, schweren Körperverletzung und Angriffe gegenüber Flüchtlingen und ihren Helfer*innen, ja selbst Bürgermeister*innen und Abgeordneten. Das übergreifende Fazit: „Heute profitiert die AFD wie keine zweite Partei als „neue völkische Bewegung“ von den Debatten über Flüchtlinge und Asylbewerber.“ Sie profitieren vom hilflosen, anbiederischen Agieren insbesondere von SPD und CDU/CSU. Ständig neue Aus- und Abgrenzungsvorschläge, das Verhindern des Familienzuzugs und insgesamt die ständig weitere Aushöhlung des eh nur noch rudimentären Asylgesetzes durch die Regierungsparteien spielen AFD, Pegida und anderen rechten Gruppierungen erkennbar in die Hände.

Abschließend ging Kai Budler noch auf seine konkreten Erfahrungen mit rechten Aufmärschen und Demonstrationen in Thüringen ein. Er thematisierte auch die zunehmende Zahl der Veranstaltungen des sogenannten Freundeskreises Thüringen Niedersachsen und benannte dabei aus den Reihen der Organisatoren die teilweise schon seit langem bekannten und aktiven Rechtsextremen in unserer Region. Er verdeutlichte

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Dreiklang rechter Gewalt	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Linksjugend [solid]	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Grobian	10
GöLinke	11
GöLinke Programmarbeit	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2016
ist der 18. März.
Auslieferung am 24. März.

die damit verbundene Strategie der Rechten, vermehrt auf die Straße zu drängen, um so „Auffangbecken“ für alle Ressentiments gegen Flüchtlinge zu sein, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, um ihre kruden völkischen, antisemitischen und antidemokratischen Vorstellungen wirkungsvoll nach außen tragen zu können.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde insbesondere thematisiert, dass die Straße nicht den Rechten überlassen werden darf und wir uns an den Gegendemonstrationen aktiv beteiligen müssen. Mehrere Beiträge verwiesen aber auch darauf die inhaltlich politische Auseinandersetzung gezielter zu suchen und u.a. aufzudecken, dass die Rechtsnationalen bis hin zu den Neonazis in keiner Weise einem antikapitalistischen Denkmuster folgen, nur weil sie oberflächlich vorgeben, für die „kleinen Leute“ und gegen die da Oben zu sein. Internationalismus, Gleichheit, Solidarität sind für diese braunen Rattenfänger klare Reizwörter.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung.

▶ Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen

In den letzten Kriegswochen eskalierte der NS-Terror. Die Befreiung bereits vor Augen, fielen den Massakern und Todesmärschen in den letzten Tagen des Krieges Hunderttausende KZ-Häftlinge, Kriegs- und Strafgefangene, Zwangsarbeiter und andere Verfolgte des NS-Regimes zum Opfer – überall im damaligen Deutschen Reich, insbesondere aber auch auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens, das erst spät von den alliierten Truppen besetzt wurde.

Dieser Band, verfasst von Fachleuten aus niedersächsischen Gedenkstätten, Initiativen und Universitäten, schildert anhand exemplarischer Ereignisse die letzten 70 Kriegstage. Meldungen aus allen Teilen Niedersachsens werfen Schlaglichter auf Verbrechen, die Angehörige von SS, Gestapo, Polizei, Wehrmacht und Volkssturm, aber auch Zivilisten in den letzten Tagen des Krieges begangen. Zudem verdeutlichen sie die prekäre Situation der Verfolgten kurz vor und nach ihrer

Befreiung, ein banges Warten zwischen Angst und Hoffnung, zwischen Mord und Überleben.

Die Publikation beinhaltet die leicht überarbeiteten Beiträge eines Blogs, der anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsendes im Frühjahr 2015 erstellt und durch einige neue „Tagesmeldungen“ ergänzt wurde.

Herausgegeben im Auftrag der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten von Jens-Christian Wagner, ca. 184 S., ca. 130, z.T. farb., Abb., Wallstein Verlag Göttingen, ISBN 978-3-8353-1869-4, Preis: 16 EUR

▶ Verschwundene Grabstätten und Mahnmale

Am **17. März 2016** findet der nächste Workshop des AK „Opfer des Nationalsozialismus - Friedhöfe und Grabstätten“ im **Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover** statt. Diesmal steht das Thema „Verschwundene Grabstätten und Mahnmale“ im Mittelpunkt. Der ganztägige Workshop (9:30 bis ca. 16:30 Uhr) richtet sich an Gedenkstätten, Initiativen, Institutionen, Verbände und alle Interessierten, die sich mit Friedhöfen und Grabstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Niedersachsen auseinandersetzen und sich beruflich oder ehrenamtlich mit der Thematik befassen.

Anmeldung bitte bis **10. März 2016** per Mail an juliane.hummel@stiftung-ng.de.

Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. Ein Mittagessen muss selbst organisiert werden.

Veranstalter: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, www.gedenkstaetten-foerderung.stiftung-ng.de

Programmbeiträge:

★ Dr. Jens Binner (Kreisheimatbund Peine): Rückkehr eines Denkmals. Über die Gräber sowjetischer Kriegsgefangener der Ilseder Hütte,
★ Wulf Böcker (Bremen): Die Wiederaufindung eines ehemaligen Gräberfeldes für sowjetische Kriegsgefangene bei Blumenthal/Schwanewede,

★ Hans Harer (Norheim): Wer war Wiktor Tomala? Von späten Entdeckungen zu einem Zwangsarbeiterschicksal zu einem neuen Denkzeichen und einem Schülerfilm,

★ Katja Seybold (Gedenkstätte Bergen-Belsen) Anzahl und Grablagen der Todesopfer des KZ Bergen-Belsen - Ein Zwischenbericht

★ Ulrich Kohlhoff (Verein KZ Gedenkstätte Engerhufe): Die Grabstätte des KZ Engerhufe: Geschichte und Projekte zur Neugestaltung,

★ Dr. Rolf Meyer (Wustrow) und Oliver Eicke (Quickborn): Wo liegt Antony Coulthard begraben?,

★ Dr. Carola S. Rudnick („Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg e.V.): „Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig.“ Hintergründe zu den Gräbern ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg,

★ Gabriele Jannowitz-Heumann (Kreisarchiv Osterholz): Der lange Weg des Jan Massier,

★ Götz Hütt (Geschichtswerkstatt Duderstadt): Zwei neue Denkmäler auf dem St.-Paulus-Friedhof in Duderstadt,

★ Simone Rose (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge): Gestorben - vergessen - erinnert! Die aktuelle Arbeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Bezirk Hannover.

Antifaschistische Nordkonferenz 2016

Rassistische und rechte Mobilisierung

Samstag, 12.03.2016, ganztägig von 9:30 bis 18:00 Uhr, in der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, Buchholz in der Nordheide, Ahornweg 45, 21244 Buchholz in der Nordheide.

Tagungsprogramm:

9:30 Uhr: Begrüßung - Vorstellung Heideruh

10:00 Uhr: „Wie agiert die rechte Szene und wie hat sich die Szene verändert?“, Gerd Wiegel (Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus, Fraktion DIE LINKE im Bundestag)

14:00 Uhr „Der Zuwachs rechter Gewalt und die Reaktion der Politik“, Felix Korsch (Mitarbeiter von MdL Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE in Sachsen)

16:15 – 18:00 Uhr Diskussion und Erfahrungsberichte

Eine gemeinsame Veranstaltung von: Antifaschistische Begegnungsstätte Heideruh e.V., Neofaschismuskommission Küste der VVN-BdA, Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen

Anmeldungen an:
MichaelQuelle@gmx.de

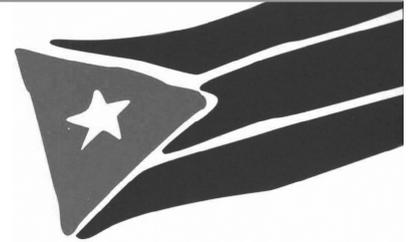
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 08. März

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Obama will nach Kuba

US-Präsident besucht im März sozialistische Karibikinsel

US-Präsident Barack Obama wird zwischen dem 21. und 22. März nach Kuba reisen. Die spektakuläre Nachricht wurde in der Nacht zum Donnerstag (Ortszeit) zunächst exklusiv vom US-Fernsehkanaal ABC News und später auch von CNN und anderen Medien verbreitet. Das Weiße Haus bestätigte die Meldung am Donnerstag. Havanna wird demnach allerdings nur eine Station während einer Lateinamerikareise des US-Präsidenten sein.

Obamas Stippvisite ist der erste Besuch eines amtierenden US-Präsidenten in Kuba seit 88 Jahren. Im Januar 1928 hatte der damalige Amtsinhaber Calvin Coolidge die Insel besucht. James »Jimmy« Carter war dort im März 2011 als Expräsident gewesen.

Unmittelbar nachdem die ersten Meldungen über Obamas Reisepläne veröffentlicht wurden, hagelte es Kritik von exilkubanischen Contras und Politikern der Republikanischen Partei. Floridas Senator und Präsidentschaftsanwärter Marco Rubio sprach von einem großen Fehler. Sein Parteirival Rafael »Ted« Cruz forderte Obama auf, die Reise nicht anzutreten. Die Mehrheit der US-Bürger scheint diese Position, ersten Umfragen zufolge, allerdings nicht zu teilen. Selbst in der Contrahochburg Miami sprachen sich am Donnerstag bei einer Leserbefragung des rechtskonservativen *New York Herald* knapp 58 Prozent für Obamas Besuch in Havanna aus.

In Havanna war seit Tagen spürbar, dass etwas »im Busch« ist. Seit einer Woche hatte es eine auffällige Häufung von Aktivitäten zwischen Vertretern der USA und Kubas gegeben. Die Ankündigung des Präsidentenbesuchs erfolgte nur wenige Tage, nachdem die kubanische Regierung eine im Juni 2014 »irrtümlich« aus den USA nach Havanna gelieferte lasergesteuerte »Hellfire«-Rakete vom Typ »AGM 114« an den Absender zurückgeschickt hatte.

Am Dienstag hatten US-Verkehrsmi-
nister Anthony Foxx und sein kubanischer
Amtskollege Adel Yzquierdo ein Luftver-
kehrsabkommen unterzeichnet, demzu-
folge ab Herbst dieses Jahres zwischen
Kuba und den USA, erstmals seit über 50
Jahren, wieder regelmäßige Linienflüge
durchgeführt werden dürfen. Seit Sonntag
hält sich zudem der kubanische Außenhan-
delsminister Rodrigo Malmierca mit einer
großen Delegation zu einem Arbeitsbesuch
in den USA auf. Nach einem Frühstück
mit US-Handelsministerin Penny Pritzker
am Mittwoch im Weißen Haus stand für
Donnerstag nachmittag ein Empfang bei
Außenminister John Kerry auf seinem Pro-
gramm. Der kubanische Minister kritisierte
bei mehreren Gelegenheiten die seit über
50 Jahren gegen sein Land verhängte Wirt-
schafts-, Handels- und Finanzblockade der
USA und erklärte, dass sie das Haupthin-
dernis für Fortschritte im Handel und bei der
Normalisierung der Beziehungen sei.

Auch Präsident Obama hatte sich
wiederholt gegen die Aufrechterhaltung
der Blockade ausgesprochen und gegen
den entschiedenen Widerstand der Repu-
likaner eine Reihe einzelner Sanktionen
gegen Kuba aufgehoben. Eine vollständige
Abschaffung der Blockade kann aber nur
der US-Kongress verfügen. Da dieser von
den Republikanern kontrolliert wird, re-
chnen Beobachter im Wahljahr 2016 nicht mit
einer positiven Entscheidung.

Die gleichen US-Quellen, die schon
frühzeitig Obamas Reisepläne gemeldet
hatten, berichteten am Donnerstag auch
darüber, dass im März die Rolling Stones
auf Kuba erwartet werden. Seit einem
einwöchigen Überraschungsbesuch von
Mick Jagger in Havanna im Oktober vergan-
genen Jahres war in internationalen Medien
über einen möglichen Auftritt der britischen
Rockband auf der sozialistischen Kari-
bikinsel spekuliert worden. Einzelheiten,

ob und wann die Stones nun ein Konzert
in Havanna geben werden, sind bislang
allerdings nicht bekannt.

► US-Airlines dürfen Kuba anfliegen

Abkommen in Havanna unterzeichnet. Touristen aus den »Staaten« müssen sich weiter gedulden

Nach mehr als 50 Jahren sollen zwischen
Kuba und den USA vom Herbst dieses
Jahres an wieder regelmäßige Linienflüge
durchgeführt werden. Das sieht ein von
Vertretern beider Länder am Dienstag
(Ortszeit) im Hotel National der kuba-
nischen Hauptstadt unterzeichnetes Luft-
verkehrsabkommen vor. Danach dürfen
US-Gesellschaften ab Sommer pro Tag 110
Flüge nach Kuba anbieten. Vorgesehen sind
täglich 20 Verbindungen nach Havanna und
jeweils zehn Flüge zu den neun weiteren
internationalen Flughäfen der Insel.

Mit der vor mehr als einem halben
Jahrhundert von den USA gegen Kuba
verhängten Wirtschafts-, Handels- und
Finanzblockade hatte Washington den Flug-
verkehr dorthin zunächst völlig eingestellt.
Ab 1977 wurden dann Charterverbindungen
zwischen beiden Ländern, jedoch in ge-
ringerer Zahl und unter strikten Auflagen
zugelassen.

Die kubanische Gesellschaft Cubana de
Aviación profitiert vorerst noch nicht von der
Vereinbarung, soll nach Abschaffung ent-
sprechender Restriktionen, die ein Vertreter
Washingtons bereits angekündigt hat, in
fernerer Zukunft aber ebenfalls Ziele in den
Vereinigten Staaten anfliegen dürfen. Mit
explodierenden Besucherzahlen ist jedoch
nicht zu rechnen, denn US-Bürger können
sich noch nicht auf touristische Reisen nach
Kuba freuen. Die stehen in ihrem Lande
weiterhin unter Strafe. Washingtons Block-
aderegeln schreiben vor, dass Besucher
aus dem »Land of the free« für Reisen auf
die sozialistische Insel eine Sondergeneh-
migung beantragen müssen.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Zum 8. März:

► Solidarität mit den Flüchtlingsfrauen

Alle Flüchtlinge sind junge Männer, werden Viele denken. Dennoch gibt es sie, die Flüchtlingsfrauen. Zwar beträgt der Anteil der Flüchtlingsfrauen und -mädchen, die in der EU ankommen, etwa 30% der Gesamtanzahl der Flüchtlinge, aber weltweit beträgt der Anteil der Flüchtlingsfrauen rund 50%. Die Rassisten mögen daraus ableiten, dass Deutschland von moslemischen Männern angegriffen wird, die noch dazu Terroristen oder „Rapegees“ (Ein Mischwort aus dem Englischen Rape „Vergewaltigung“ und Refugee) seien. Die Differenz erklärt sich dadurch, dass Familien zuerst die „starken“ Söhne bzw. Familienoberhäupter auf die gefährliche Reise nach Europa schicken, um dann auf sicheren Wegen die „schwache“ Restfamilie zusammenzuführen.

Was man bei der Differenz zwischen dem Anteil der geflüchteten Frauen und Männer in der EU und weltweit sieht, ist, dass Frauen genauso vor Armut und imperialistischem Krieg fliehen müssen. Dennoch müssen Sie oft in den Nachbarländer ausharren, unter schlechten Bedingungen und Rechtlosigkeit, alleine mit den Kindern. Die Situation der Flüchtlingsfrauen wird durch die Beschlüsse der Bundesregierung zur Aussetzung der Familiennachzug verschärft.

Angekommen im sicheren Land, Deutschland, wird es für Flüchtlingsfrauen nicht besser. Die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge trifft besonders die Flüchtlingsfrauen. So sind die Zustände

in den Flüchtlingslagern für Flüchtlingsfrauen unerträglich. Es existieren bewiesene Fälle, wonach Wachmänner in Lagern ihren Generalschlüssel nutzend Flüchtlingsfrauen in ihren Zimmern mehrfach vergewaltigten. Sprachbarriere und Machtverhältnis erschweren die Lage der Flüchtlingsfrauen. In vielen deutschen Flüchtlingslagern sind die sanitären Anlagen nicht nur unter aller Sau, sondern bieten keine Privatsphäre. So standen beispielsweise die Duschkabinen im Flüchtlingslager Rosdorf in Containern in unmittelbarer Nähe zu den Straßen. In Friedland waren die Wege zu den sanitären Anlagen schlecht beleuchtet. Was das heißt kann sich jeder vorstellen. Schwangere Flüchtlingsfrauen in der ehemaligen Voigtschule mussten ihre Räume mit mehreren Paaren teilen, eine zeitweise Unterbringung in privaten Wohnungen von Flüchtlingshelfern wird von der Stadt mit Entzug des Wohnheimplatzes begegnet. Auch eine temporäre Verlegung nach der Geburt wird verweigert, wegen einer potenziellen Abschiebung, berichten Flüchtlingshelfer.

Während Frauenrechte als Kriegsbegründung benutzt werden, tritt die BRD die Rechte der Flüchtlingsfrauen im eigenen Land mit Füßen. Die Kommunisten verurteilen diese frauenfeindlichen Zustände und fordern ein Ende der Rechtlosigkeit von Flüchtlingen, die Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen und ein Bleiberecht für alle!

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 01. März, 20:00 Uhr

„Prekäre Arbeit - Eine weibliche Phänomen“ mit Nicole

MV Dienstag, 15. März, 20:00 Uhr

Arbeitsplan der DKP Göttingen

MV Dienstag, 29. März, 20:00 Uhr

145 Pariser Commune mit Jan Steyer

Bildungsseminar –

Kommunistische Kommunalpolitik

In Vorbereitung der Kommunalwahlen organisiert die DKP Niedersachsen ein Bildungsseminar zur „kommunistischen Kommunalpolitik“ am **19.-20. März** in der Nähe der Landeshauptstadt im Naturfreunde-Haus Grafhorn. Unter anderem wollen wir eine Bestandsaufnahme kommunistischer Kommunalpolitik, sowie einen Input und Diskussionen zur „Wohnpolitik“, kommunale Finanzen, Rekommunalisierung, „Frauen und Kommune“ und natürlich die Fragen zu Flüchtlingen in der Kommune führen.

Anmeldung über

bv@dkp-niedersachsen.de

Kosten zwischen 20-30 Euro inklusive Übernachtung und Versorgung



☞ bestellt UZ-Pressfest-Solibuttons im UZ-Shop!



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

3. Kommunalpolitische Konferenz

16. April 2016, 10.30 – 18.00 Uhr
Arbeit und Leben, „Schaltwerk“
Lange Geismarstr. 72 – 73, Göttingen

(Stimmberechtigt auf dieser Konferenz sind alle Interessierten)

Vorschlag für die Tagesordnung:
Diskussion u. Beschluss des Wahlprogramms
(10.30– 13.00 Uhr)

Einladung zur

Mitgliederversammlung der Göttinger Linke

(Stimmberechtigt: alle Mitglieder der Göttinger-Linke)

Vorschlag für die Tagesordnung:
Diskussion und Beschlussfassung zum Umgang mit
Aufwandsentschädigungen
(13.00 – 13.30 Uhr)

Einladung zur

Wahlkreisversammlung der Göttinger Linke zur Wahl des Rates der Stadt Göttingen

(Stimmberechtigt: alle Mtgl. der Göttinger Linke, die im Stadtgebiet Göttingen
erstwohnsitzlich angemeldet sind)

Vorschlag für die Tagesordnung:
Aufstellung und Wahl der KandidatInnen zur Stadtratswahl
(14.00 – 15.30 Uhr)

Einladung zur

Wahlkreisversammlungen der Göttinger Linke zur Wahl zu den Ortsräten-Grone-Geismar-Weende

(Stimmberechtigt: alle Mtgl. der Göttinger Linke, die im entsprechenden
Ortsratsgebiet erst-wohnsitzlich angemeldet sind)

Vorschlag für die Tagesordnungen:
Aufstellung und Wahl der KandidatInnen zu den Ortsräten
(15.30 – 16.00 Uhr)

Einladung zur

Wahlkreisversammlung der Partei Die Linke. zu den Wahlen zum Kreistag

(Stimmberechtigt: alle Mtgl. der Partei Die Linke., die im Kreisgebiet wohnen)
(16.00 – 18.00 Uhr)

Bitte gleich vormerken: es ergehen keine weiteren Einladungen!

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Montag (!), 14. März, 19 Uhr

Foyer Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2

Thema: Diskussion Kommunalwahlprogramm

Helfer*innen und Geflüchtete:

Ringem um Mitbestimmung

Bericht vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis
der Göttinger Linken

Der KomPoIAK lud im Februar Be-setzer*innen des alten DGB-Gebäudes und Nina, eine Helferin aus der Alten Voigtschule ein, um auszuloten, auf welche Weise weitere Unterstützung und Einwirkung gewünscht wird. Von der Unterkunft im IWF und dem Einsatz für die von Abschiebung bedrohten Roma-Familien berichtete Konrad Kelm.

Die Voigtschule kann als „gern verschwie-gene“ Einrichtung angesehen werden. Hier lassen sich keine Politiker*innen fotografieren, anders als auf den Zietenterrassen oder anderswo. Auf die Belegung überwiegend mit Geflüchteten mit sogenannter schlechter Bleibeperspektive wurden Anwohner*innen erst im Herbst 2015 aufmerksam. In den letzten Tagen gingen die Helfer*innen mit erschreckenden Nachrichten an die Presse. Die Hygiene-, Belegungs- und Personalsituation sind zum Teil katastrophal. Am dramatischsten ist die mangelnde Hygiene, besonders für Schwangere, aber auch im Blick auf allgemeine Krankheitsprävention. Seit Anfang Januar trifft die Teilträger-schaft der Bonveno auf die gewachsenen und gut vernetzten Hilfsstrukturen der Freiwilligen, was zu Spannungen führt.

(... weiter auf Seite 12)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Treffen des Kreissprecher*innenrats KV Göttingen

Dienstag, 1. März, 18 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

Themen unter anderem: Vorbereitung der Kreismitgliederversammlung, BPT-Delegiertenversammlung, Landratskandidatur

Einladung zur Kreismitgliederversammlung mit Delegierten-Wahlkreis-Konferenz und Aufstellungsversammlung:

Aufstellungen zur Landratswahl und Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Liebe Genoss*innen,

bei der Delegierten-Wahlversammlung für den Wahlbereich 8 (Kreisverbände Göttingen/Osterode, Holzminden und Northeim) werden die Delegierten unseres Wahlbereichs für den Bundesparteitag DIE LINKE gewählt. Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE aus diesen drei Kreisverbänden sind wahlberechtigt und werden dazu eingeladen.

Die Kreismitgliederversammlung des KV Göttingen/Osterode findet am selben Abend statt. Sie ist zugleich eine Aufstellungsversammlung, bei der/die Kandidat/in zur Landratswahl gewählt wird. Wahlberechtigt sind Mitglieder des KV Göttingen/Osterode, die am Tag der Aufstellungsversammlung zur Direktwahl des Landrates/ der Landrätin des Kreises Göttingen wahlberechtigt sind.

Freitag, 18. März, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag: (eine detaillierte TO wird auf unserer WebSite veröffentlicht)

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
 - Unterbrechung der KMV –

Delegierten-Wahlkreis-Konferenz

für die Wahl der Bundesparteitagsdelegierten für den Wahlbereich 8

1. Formalia: Wahl der Versammlungsleitung, Protokollant*in, Prüf- und Zählkommission, etc..
2. Vorstellung der Kandidat*innen(Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
3. Wahl
4. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Aufstellungsversammlung

für die Wahl der Kandidatin /des Kandidaten für die Landratswahl (KV Göttingen/Osterode)

1. Formalia: Wahl der Versammlungsleitung, Protokollant*in, Prüf- und Zählkommission, etc..
2. Vorstellung der Kandidat*innen(Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
3. Wahl
4. Bekanntgabe des Wahlergebnisses
 - Fortsetzung der KMV –
2. Anträge
3. Termine/Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 4. April, 19.00, Rotes Zentrum, Thema: Anti-Faschistische Fußballkultur (Gast: Supporters Crew 05)

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 3. März, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr.9, Hann. Münden

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Informationsveranstaltung in Osterode LINKE Kommunalpolitik und Vorbereitung auf die Kommunalwahl (mit Eckhard Fascher): **Mittwoch, 9. März, 19 Uhr** im Gasthaus Ratswaage, Waagestr. 8, Osterode

Mitgliederversammlung: Mittwoch, 16. März, 19 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg, Schwerpunkt: Kommunalwahlwahlkampf

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 1. März, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid und Rosa-Luxemburg-Club Göttingen siehe Seite 9

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum, Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1, 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571, hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18, 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973 oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

► Kein Ende in Sicht: Die Mär vom Abzug aus Afghanistan

Anne Labinski – Parlamentarische Assistentin von Sabine Lösing, MdEP

Der Einsatz in Afghanistan ist zum Paradebeispiel gescheiterter westlicher Militärinterventionen geworden. Selbst der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat sagt, dass Deutschland in Afghanistan politisch gescheitert sei. Mehr als 14 Jahre sind seit dem Einmarsch in Afghanistan im Oktober 2001 vergangen. Der unter Führung der USA begonnene Krieg hat nicht die „erhoffte“ Demokratisierung Afghanistans und erst recht keinen Frieden gebracht. Die milliarden schwere Intervention mit ihren zahlreichen zivilen Opfern (11.002 getötete und verletzte Zivilisten allein im Jahr 2015) führt erschreckend vor Augen, dass eine militärische Lösung in Afghanistan nicht möglich ist. Die Truppenpräsenz des Westens, insbesondere seine Offensiven, sind Teil des Problems und nicht der Lösung des Konflikts.

Offiziell wurde der NATO-Kampfeinsatz in Afghanistan Ende 2014 für beendet erklärt, faktisch setzt er sich aber in der neuen NATO-Mission fort. Dem ISAF-Einsatz der NATO (2002 bis 2014) folgte ab 2015 die sogenannte „Resolute Support Mission“. Sie ist eine Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission, deren ursprüngliches Mandat offiziell auf die Ausbildung und Beratung des afghanischen Militärs und der Polizei beschränkt war. Mittlerweile hat sich die Situation jedoch wieder militarisiert, und selbst Kampfhandlungen sind nicht mehr ausgeschlossen.

(Un-)sicheres Land?

Trotz – oder gerade wegen – der vierzehnjährigen westlichen Intervention kam es nicht zu einer Befriedung des Landes. Der Einsatz kann nur als kompletter Fehlschlag gewertet werden, zumindest gemessen an den offiziell genannten Kriegsgründen: Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Afghanistan und in der Region; Stärkung der Demokratie; Förderung der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung sowie Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Mädchen. Afghanistan wird im UN-Index für menschliche Entwicklung,

kurz HDI, immer noch niedrig eingestuft. So wird dem Land eine geringe menschliche Entwicklung attestiert; es lag 2015 auf Platz 171 von 187 Ländern. Auch beim Global Peace Index, der die Friedfertigkeit von Ländern misst, schneidet Afghanistan schlecht ab. Im letzten Jahr wurde es als mit am wenigsten friedvoll eingestuft. Es lag auf Platz 160 von 162 Ländern, vor dem Irak und Syrien.

Wird die bisher geleistete Entwicklungshilfe genauer betrachtet, so konnte sie trotz der bescheidenen Fortschritte in einigen Bereichen nicht dazu beitragen, die soziale und wirtschaftliche Lage der Mehrheit der Bevölkerung erheblich zu verbessern. 2014 wurde die Arbeitslosigkeit auf 50% geschätzt. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut und hat nur unzureichend Zugang zu medizinischer Versorgung. Ein großer Teil der Mittel aus diversen Finanzierungskanälen wird augenscheinlich dem Bedarf der afghanischen Bevölkerung nicht gerecht. Wohl auch, weil die Finanzierung von Projekten oft nicht von sozialen, sondern militärischen Erwägungen geleitet wird.

Fast täglich wird über bewaffnete Gefechte und/oder Anschläge in Afghanistan berichtet. Die katastrophale Sicherheitslage und das Wiedererstarken der Taliban sind mit ein Hauptgrund für die Flucht aus Afghanistan, auch nach Deutschland. Im Jahr 2015 haben laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 31.382 Afghanen einen Asylantrag (Erstantrag) in Deutschland gestellt. Im Januar 2016 war Afghanistan auf Platz drei der zugangsstärksten Herkunftsländer, nach Irak und Syrien.

Umso perfider erscheint die Debatte um die Sicherheit Afghanistans und die mögliche Rückführung von Flüchtlingen, die Ende letzten Jahres von der Bundesregierung angeheizt wurde. So sprach Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen davon, dass sich trotz der schlechten Sicherheitslage ein „weitgehend normales“ (Tagesschau, 13.11.2015) Leben in einigen Städten abspiele, und rechtfertigte somit die Abschiebung von Afghanen. Innenminister Thomas de Maizière hält den Abschiebe-Stopp für abgelehnte Asy-

bewerberInnen für nicht gerechtfertigt und argumentiert mit deutlichen Worten: „Deutsche Soldaten und Polizisten tragen dazu bei, Afghanistan sicherer zu machen. Es sind viele viele Summen von Entwicklungshilfe nach Afghanistan geflossen, da kann man auch erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben. [...] [D]ie Menschen, die als Flüchtlinge aus Afghanistan zu uns kommen, können nicht alle erwarten, dass sie in Deutschland bleiben können, auch nicht als Geduldete.“ (Deutschlandradio, 28.10.2015) Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, das Auswärtige Amt und die afghanische Regierung sahen die Sicherheitslage wesentlich pessimistischer und widersprachen den Aussagen der Minister.

Anfang Februar 2016 besuchte de Maizière - mit kugelsicherer Weste - Kabul und die afghanische Regierung. Am selben Tag gab es erneut einen schweren Selbstmordanschlag in der Stadt. Deutlicher hätten die Zeichen nicht sein können. Doch ungehindert dessen wirbt der Innenminister für Rückführungen in „sichere“ Gebiete, „freiwillige“ Rückführungsprogramme, mögliche Geldprämien für Rückkehrende und klärt über #RumorsAboutGermany (so heißt die offizielle „Aufklärungs“-Kampagne des Auswärtigen Amtes) auf. Zum Beispiel über das Gerücht, es gäbe in Deutschland Begrüßungsgeld für Flüchtlinge. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte de Maizière nochmal seine Worte vom Oktober 2015: „(...) Wir wollen bleiben, - wir, ist die internationale Völkergemeinschaft, Soldaten und Polizisten, deutsche Soldaten und deutsche Polizisten - , damit die Sicherheit in Afghanistan besser wird. Und wenn wir bleiben, dann können wir auch erwarten, dass die Afghanen in ihrem eigenen Land bleiben.“ (ZDF heute Journal, 01.02.2016)

Was für eine groteske Logik: der Bundeswehreininsatz wird aus Gründen der desaströsen Sicherheitslage verlängert und zu einer „robusten Beratung“ erweitert und im selben Atemzug wird Afghanistan als inoffiziell sicheres Land deklariert. Frei nach dem Motto: „Was nicht passt, wird passend gemacht“.

Europabüro
Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Linksjugend [solid] Göttingen

► Von LINKEN Abschiebepolitikern und rassistischen Benzinpreisregelungen

Yannic Dyck

Deutschland im Januar 2016: Die AfD will auf schutzsuchende Familien schießen lassen, Wolfgang Schäuble versucht Autofahrer gegen Flüchtlinge aufzuhetzen, Sigmar Gabriel setzt auf die in rechten Kreisen bewährte „Kriminelle Ausländer raus“-Rhetorik, Alice Schwarzer beschwört einen Krieg integrationsunwilliger Migrantinnen gegen Frauen herauf. Und was tun führende Politiker*innen der LINKEN? Asylrecht zu Gastrecht umdeuten, Obergrenzen fordern und fleißig abschieben.

62 Menschen besitzen so viel wie 50% der Weltbevölkerung

Die Establishment-Parteien von CDU/CSU bis SPD und Grünen haben kein Interesse daran, gegen die wirklichen Diebe und Schmarotzer unserer Gesellschaft vorzugehen. Sie machen Politik im Interesse einer kleinen Minderheit. Sie kürzen Sozialleistungen und Löhne, verhökern öffentliches Eigentum an private Investoren und erhöhen die Steuern für die Masse der Bevölkerung, während die Steuern und Abgaben für die oberen 10.000 immer weiter sinken. Es geht um Profit, Wachstum, Gewinne für Banken und Konzerne - auf Kosten der arbeitenden und erwerbslosen Mehrheit. Das ist der Antrieb der kapitalistischen Profitlogik, die von Gabriel, Merkel und Seehofer umgesetzt wird. Während die systemkonformen Parteien die Konzerngewinne in unvorstellbare Höhen katapultieren, fordern sie, die normale Bevölkerung solle den Gürtel enger schnallen. Angeblich ist kein Geld da. Das ist pure Heuchelei! Würden die deutschen Milliardäre nur ein Viertel ihres Vermögens abgeben, würde das ganze 170 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen.

Die Kosten für eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen betragen nur einen winzigen Bruchteil dieser Vermögen. Trotzdem wollen uns CDU, SPD und Grüne weismachen, dass wir an finanzielle Grenzen stoßen, wenn „zu viele“ Schutzsuchende ins Land kommen würden. Sie wollen vom eigentlichen Problem ablenken, indem sie uns vorgaukeln, dass die Flüchtlinge Schuld an

steigenden Mieten und Kürzungen seien. Sie versuchen, die Wut der Bevölkerung über die von ihnen geschaffenen sozialen Probleme auf die Flüchtlinge umzuleiten und sie zu Sündenböcken zu machen. Finanzminister Schäuble ist gewissermaßen ein alter Hase in puncto Hetze gegen Minderheiten. So weiß er auch genau, wo er ansetzen muss, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen – und zwar beim wohl emotionalsten Thema der Deutschen: Beim Auto. Um Flüchtlinge fernzuhalten und die europäischen Außengrenzen noch gefährlicher zu machen (und somit noch mehr Menschen in den Tod zu treiben) bräuchte man eine Extrasteuer für Benzin, schwadroniert der alte Mann. Was damit vermittelt werden soll, liegt auf der Hand: „Jetzt machen diese Flüchtlinge auch noch unsern Sprit teurer. Irgendwann reicht's!“.

Reichtum ist Diebstahl!

Die Menschen sollen nicht erkennen, dass sie unabhängig von Fluchtstatus, Herkunft oder Glaube dieselben Interessen nach guter Ausbildung und Arbeit, sozialer Teilhabe und einem Leben ohne Zukunftsängste und Armut haben. Dass die Art und Weise, wie die überdimensionalen Vermögen ihrer Bosse zustande gekommen sind, der eigentliche Skandal ist. Dieser Skandal hat System und ist Teil des kapitalistischen Normalzustandes. In diesem System erwirtschaften die Arbeiter*innen den gesellschaftlichen Reichtum. Doch mit ihrem Lohn erhalten sie nur einen Teil des Wertes, den sie geschaffen haben, zurück. Den Rest reißen sich die Bosse selbst unter den Nagel und häufen so die Gewinne an, die sie den Beschäftigten einfach vorenthalten. Solange die Maschinen und Fabriken anderen gehören, bleibt denen keine andere Wahl als dieses Übel mitzumachen. Doch wenn sich die Mehrheit der Arbeitenden und Entrechteten über ihre Stellung im Produktionsprozess bewusst wird und sich gegen die Macht dieser kleinen Elite organisiert, können sich die Eigentumsverhältnisse ändern. Dann können die Menschen selbst Verhältnisse schaffen, in denen der gesellschaftliche

Linksjugend [solid] Göttingen

**Basisgruppe
revolutionärer
Antikapitalist*innen**



Reichtum auch wirklich der Gesellschaft zur Verfügung steht.

Das wissen die Kapitalisten und ihre treue Gefolgschaft in SPD, CDU und Grünen auch – und davor haben sie Angst. Um gemeinsamen Widerstand zu verhindern, greifen sie auf rassistische Spaltung zurück. SPD-Big-Boss Gabriel ist ganz vorne mit dabei. Er hetzt gegen kriminelle Ausländer, die nicht vom „deutschen Steuerzahler“ durchgefüttert werden dürften. Das ist Wasser auf die Mühlen von Pegida, AfD und rechten Stoßtrupps und „Bürgerwehren“, die sich dadurch aufgefordert fühlen, diese verbale Gewalt gegen Flüchtlinge und (vermeintliche) Muslime in die Tat umzusetzen.

LINKE Flüchtlingspolitik auf Abwegen

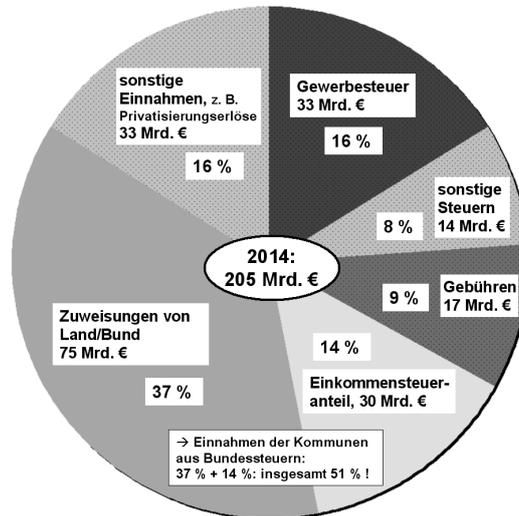
Umso erschreckender, dass Spitzenpolitiker*innen der LINKEN nun meinen, sich dem bürgerlichen Rassismus anbiedern zu müssen. Anstatt die wahren Interessen hinter dieser rassistisch aufgeladenen Debatte zu entlarven und der rechten Hetze Widerstand entgegenzusetzen, deuten Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch kurzerhand das Grundrecht auf Asyl zu einem Gastrecht um, dem sich die Flüchtlinge anzupassen hätten. Oskar Lafontaine will Obergrenzen für Geflüchtete. All das sind Forderungen, die man eher bei Bierzeltreden von Horst Seehofer erwarten würde. Von Abschiebe-Bodo, der in Thüringen den Kapitalismus verwaltet, indem er Flüchtlinge nachts aus ihrer Wohnung holen lässt, wenn sie ihr „Gastrecht“ verwirkt haben, ganz zu schweigen.

Dieser Anbiederungskurs an prokapitalistische Parteien und ihren Rassismus muss umgehend gestoppt werden, auch wenn DIE LINKE damit für solche Parteien nicht mehr koalitions- und regierungsfähig ist. Stattdessen muss DIE LINKE gemeinsam mit der arbeitenden und erwerbslosen Mehrheit, mit den progressiven Teilen der Gewerkschaften, mit sozialen Bewegungen, Flüchtlingsinitiativen, Migrant*innenverbänden und globalisierungskritischen Gruppen für eine starke antikapitalistische Massenbewegung von unten eintreten, die sich nicht spalten lässt und die geltenden Eigentums- und Machtverhältnisse herausfordert.

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Kommunen: Kein Geld mehr „wegen der Flüchtlinge“?

In der finanziellen Misere waren die Kommunen schon die ganze Zeit. Trotz steigender Gebühren, Eintrittspreise, kommunaler Steuern und Sparprogramme, immer vor allem auf Kosten der Niedrig- und Normalverdiener, sind die Kommunen im großen Schnitt grundsätzlich pleite geblieben. Wie soll es auch anders sein? 5.000.000.000.000 (5 Billionen) Euro privates Geldvermögen, davon alleine über 22 Prozent in den Händen des reichsten Tausendstel der Bevölkerung, volle zwei Drittel (66,6 Prozent) in den Händen der oberen 10 Prozent! Da geht die Bundesregierung seit Jahrzehnten immer weniger mit



Steuern dran. Es häuft sich auf. Aber gerade die Zuweisungen des Bundes an die Kommunen, auf deren Höhe die Kommunen gar keinen Einfluss haben, machen trotz aller Kürzungen über 50 Prozent der Einnahmen der deutschen Kommunen aus. Diese wesentliche Einnahmequelle der Kommunen wurde durch die Steuergeschenke an die Reichen schwer beschädigt. CDU, FDP, SPD und GRÜNE haben gemeinsam alle dafür gesorgt, dass die Kommunen kein Geld mehr haben. Jetzt sollen diejenigen, für die schon Jahre lang vollkommen unnötig nichts mehr übrig geblieben ist, die Erwerbslosen, die Niedriglöhner*innen, rufen: „Das Boot ist voll!“ So werden die Armen und diejenigen, die sich vor dem Abstieg fürchten, gegen noch Ärmere, nämlich gegen Geflüchtete ausgespielt, ohne dass sie dadurch auch nur einen Euro mehr für ihr Leben hätten. Würde es so sehr weh tun, wenn die Reichen endlich ihre Tresore öffnen müssten? (es)

► Jahreshauptversammlung des OV Göttingen – Neue Sprecher*innen gewählt

Am 25. Januar wurden auf der Jahreshauptversammlung des OV Göttingen neue Sprecher_innen einvernehmlich gewählt. Sprecher blieb der niederdeutsche Philologe Dr. Peter Strathmann, der auch Sprecher der Göttinger Linken ist. Neu hinzu gewählt wurden Doreen Bethe (geb. Wohlrab), die in den letzten Jahren bereits mehrfach Sprecherinnenfunktionen im Orts- und Kreisverband sowie der Göttinger Linken bekleidet hatte und der Kreistags-Fraktionsmitarbeiter Dietmar Reitemeyer. Auch die Linksjugend solid ist jetzt mit Manuel Dornieden im Sprecherkreis vertreten. Der bisherige Sprecher Anton Schneppe hatte nicht mehr kandidiert.

Peter Strathmann äußerte sich nach der Wahl in seiner Presseerklärung zuversichtlich: „Mit dem neuen Sprecherrat ist Die Linke in Göttingen für die im Spätsommer anstehende Kommunalwahl gut aufgestellt. Im Vorstand sind nun nicht nur erfahrene Wahlkämpfer, auch die Reprä-

sentanz der einzelnen Strömungen kann uns hoffen lassen, dass die anstehenden Aufgaben reibungslos zu bewältigen sein werden“

In seinem Rechenschaftsbericht für die letzten beiden Jahre hatte Peter Strathmann hervorgehoben, dass die Arbeit des Ortsverbandes trotz der Probleme auf Kreisebene vergleichsweise reibungslos verlaufen ist. Aufgrund dessen, dass die satzungsgemäßen Aufgaben auf Kreisebene erledigt werden müssen, standen bei den Ortsmitgliederversammlungen jeweils verschiedene inhaltliche Schwerpunkte im Mittelpunkt. Hierbei reichte die Palette von der Sozialpolitik hin zu historischen Themen (u.a. Bedeutung der Gedenktage) oder auch der Vorstellung innerparteilicher oder parteinaher Gruppen. Eine zentrale Bedeutung für die Stabilität LINKER Politik in Göttingen hat das Bündnis Göttinger Linke, für dessen Erhalt sich die Ortssprecher bereits 2014 stark gemacht hatten.

So wurden auch Infostände oder Aktionen sowie der OB-Wahlkampf gemeinsam durchgeführt. Bestätigt fühlten sich die Ortssprecher darin auch durch die nun wahrscheinliche Konkurrenzkandidatur der abtrünnigen Ratsfraktion.

(... Fortsetzung Terminseite)

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Donnerstag 19 Uhr, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Treffen des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Donnerstag, 3. März, 17 Uhr, Rotes Zentrum



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Es ist vollbracht!

▶ Sparkasse und Volksbank sind umgezogen

In der Sommerausgabe der Göttinger Blätter hatten wir noch vor der verheerenden Wirkung des Wegzuges von Sparkasse und Volksbank aus ihren bisherigen Standorten in Grone-Süd und Grone-Nord geschrieben: Die Sparkasse gibt die Standorte in der Harzstr. und in der St. Heinrich Str. zugunsten des Neubaus an der Kassler Landstr. auf und die Volksbank ihre Standorte am Jona-Platz und in der Backhausstr. zugunsten des neuartigen Umbaus, ebenfalls an der Kassler Landstr.

Das mag sich für sie rechnen: Für die Sparkasse kann dies bedeuten, zu ihren zig-Millionen Gewinnen nun noch eine Million mehr Gewinn zu erzielen und auch bei der Volksbank Göttingen trifft es keinen Armen. In beiden Geschäftszentralen – unterstellen wir – macht sich niemand Gedanken, was an den bisherigen Stadtorten außer schönen Gardinen in den ehemaligen Geschäftsstellen bleibt.

„Nachhaltige Stadtteilentwicklung“, wie sie im Projekt Soziale Stadt anvisiert war, gilt dort – wenn gelesen – als Sozialprosa, die nicht weiter interessiert. Der fromme Wunsch im Rat und in der Verwaltung auf Nachhaltigkeit hat mit ihrer unternehmerischen Freiheit nichts zu tun. Hier zählt allein der Profit, auch bei Unternehmen, die der Stadt selbst gehören bzw. sich in der Hand von Einzelbesitzern befindet.

Wer heute über den Jona-Platz geht, wundert sich, dass dort nicht auch noch runde Büsche, wie jeder Fernsehzuschauer sie aus Western kennt, über den Platz wehen. Hier haben wir noch einmal die Quartiere fotografiert, damit man sich ein Bild von den dort eingetretenen Zuständen machen kann.



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Presseerklärung Göttingen, 16.02.16

► Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen sind weder Befehlsempfänger noch ausführendes Organ des Betreibers, Herr Bonder

Göttinger Linke kritisiert die Äußerungen und das Verhalten des Bonveno-Geschäftsführers

Es grenzt schon fast an Unverschämtheit und Arroganz, wie der Bonveno Geschäftsführer Bonder auf die kritischen Hinweise der freiwilligen Helfer*innen über die Zustände in der Flüchtlingsunterkunft in der alten Voigtschule reagiert. Er zweifelt den Sinn eines Runden Tisches an. Großzügig und gönnerhaft seine Äußerung: „Gleichwohl werden wir Kommunikationsformen auch für die Voigtschule anbieten und wahrnehmen.“ Wahrhaft gnädig, diese Haltung des Geschäftsführers des mittlerweile größten Betreibers der Göttinger Flüchtlingseinrichtungen, der so langsam eine Monopolstellung einnimmt.

In seinen Einrichtungen auf den Zieten-Terrassen, im ehemaligen IWF, in

der alten Voigtschule engagieren sich Ehrenamtliche und sorgen dafür, dass den geflohenen Menschen der Alltag etwas erleichtert wird, dass sie individuelle Hilfen und Unterstützung erhalten, ja, dass in den Masseneinrichtungen noch ein im Ansatz humanitärer Charakter erhalten wird. Die wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, die Bonveno vorhält wären längst an ihren Grenzen, wenn es nicht das Engagement der vielen freiwilligen Helfer*innen gäbe. Wird ja auch in den Sonntagsreden immer wieder beschworen, wie wichtig ihr Einsatz ist. Aber wehe wenn sie eigene Vorstellungen entwickeln, hier und da auch mal eine Forderung formulieren oder gar Kritik üben. Dann sind sie Sand im Getriebe, Störfaktoren, Unruhestifter. Die Göttinger

Linke solidarisiert sich mit den berechtigten Forderungen des Organisations-teams der unabhängigen Flüchtlingshilfe in der ehemaligen Voigtschule. Auch wir halten die beschriebenen und kritisierten Zustände in der Unterkunft für unhaltbar. Jeder der einen Blick in die ehemalige Voigtschule wagt kann sich von den schlechten hygienischen Zuständen und den mangelhaften sanitären Anlagen überzeugen.

Und wenn es zwischen den wenigen vermutlich überlasteten hauptamtlich Beschäftigten Mitarbeiterinnen und den teilweise seit Anbeginn dort aktiven Ehrenamtlichen Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten gibt, dann wäre es die verdammt Pflicht von Herrn Bonder dafür zu sorgen Möglichkeiten für eine bessere Kooperation zu schaffen. Stattdessen diffamiert er die ehrenamtlichen Helfer*innen und wirft ihnen „Platzhirschverhalten“ vor. Wenn hier solch ein Begriff schon ins Spiel gebracht wird, sollte er sich fragen, auf wen der wohl zutrifft.

Die Göttinger Linke fordert die Stadt auf, unverzüglich die ja schon veranschlagten Haushaltsmittel in die Sanierung der Voigtschule zu investieren. Für menschenwürdige Sanitäreinrichtungen, für die Verbesserung der Wohnräume und für ein Belegungskonzept zu sorgen, das alle Beteiligten nicht vor kaum zu bewältigende Probleme stellt. Wir erwarten, auch wenn Herr Bonder sich dagegen sträubt, dass die Forderung nach einem Runden Tisch von der Stadt aufgegriffen und umgesetzt wird. Unser Respekt, unser Dank und unsere Solidarität gehören den ehrenamtlichen Helfer*innen.

► Die Konservativen schlagen zurück Eine Initiative gegen die Inklusion!!

Das GT meldete am 13.2.16 unter der Überschrift „Mehr Lehrer durch Volksinitiative“ die Gründung des Vereins „Wir für bessere Schule“, dessen Hauptziel es sei, „eine Lehrerversorgung von mindestens 103 Prozent“ – eine honorige Forderung.

Aber merkwürdig: In Gewerkschaftskreisen und in schulpolitisch interessierten Kreisen sind die „Hintermänner“ bzw. -frauen nicht bekannt. Und wenn mensch die Meldung weiterliest, kommt mensch schnell auf die wahren Hintergründe und Forderungen:

Bestandsschutz für Gymnasien Förderschulen sollen erhalten bleiben

Da weiß mensch doch, wer da spricht: Die Konservativen, die die wenigen Fortschritte, die es in den vergangenen Jahren gab, wollen das Rad zurückdrehen. Sie haben Angst, dass Gesamtschulen zur echten Regelschule werden und Kinder mit Behinderungen mit ihren Kindern in einer Klasse sitzen.

70.000 Unterschriften wollen sie innerhalb eines Jahres in Niedersachsen sammeln, damit sich der Landtag mit



ihren Forderungen beschäftigen muss. Wir können denen nur die kalte Schulter zeigen bzw. an Info-Ständen – soweit welche durchgeführt werden, die Menschen zu informieren, welches wahren Ziele hinter der Forderung nach 103 %-iger Lehrerversorgung stehen.

(gs)

2. Kommunalpolitische Konferenz der Göttinger Linken

► Programmarbeit und Wahlvorbereitung auf gutem Wege

Wie schon die 1. Konferenz am 17. Oktober war auch die 2. eine ebenso interessante wie gut besuchte Veranstaltung. Wiederum etwas über 30 Teilnehmer*innen fanden sich am letzten Samstag im Januar im Ausbildungsrestaurant ‚Schaltwerk‘ bei Arbeit und Leben in der Langen Geismarstraße ein.

Der erste Teil der Konferenz stand zunächst im Zeichen der Berichte aus der Arbeit der Wähler*innengemeinschaft sowie aus den Städten und Gemeinden im Landkreis. In seinem Eröffnungsbericht schilderte Gerd Nier die Situation nach der Sezession der Ratsfraktion und deren Ankündigung einer expliziten Gegenkandidatur im September. Als perspektivische Antwort wurde die konzentrierte inhaltliche Arbeit sowie die Intensivierung der Bündnisarbeit benannt. In der anschließenden Aussprache wurde die aufgeworfene Frage, ob nach der Wahl eine Gruppenbildung mit eventuellen Ratsmitgliedern der For-

mation der abgespaltenen Ratsfraktion theoretisch möglich sei, überwiegend recht deutlich verneint. Ein solches Konstrukt würde trotz der geringen offensichtlichen inhaltlichen Differenzen aufgrund der bekannten menschlichen Defizite des Initiators der Sezession lediglich eine Neuauflage der Probleme der letzten zwei Jahre mit sich bringen. Gleichwohl könne sich der potentiellen Notwendigkeit einer Gruppenbildung im Rat zumindest in grundsätzlicher Hinsicht nicht verschlossen werden, so daß über sinnvollere Alternativen als einem Zusammengehen mit den Abspaltern nachzudenken wäre.

Nach der beifällig aufgenommenen Ankündigung Ecki Faschers, im Rahmen der Kommunalwahl als Kandidat der Partei DIE LINKE. für das Amt des Landrats antreten zu wollen, folgten Berichte aus den Stadt- und Gemeinderäten Hann.-Münden (Ecki Fascher in Vertretung von Kirsten Klein), Rosdorf (Stine Rummel-Strebelow in Vertretung von Azad Onal),

Herzberg (Ilyas Cangöz) und Wieda (Timo Rose). Anschließend berichtete Peter Strathmann über den Stand der Programmarbeit, die nach anfänglichem Stocken deutlich an Tempo und Gewicht gewonnen hat und jetzt trotz noch einiger vorhandener Lücken recht zufriedenstellend verläuft. Erläutert wurde auch das Verfahren des Austauschs der Entwürfe via Dropbox.

Der zweite Teil der Konferenz stand im Zeichen der Sachreferate. Kai Budlar referierte zum Thema ‚Antifaschismus‘ (siehe hierzu auch Seite 1), Bärbel Safieh zu ‚Frauen-, Gender-Politik‘ sowie Tim Kessler zum Thema ‚Jugend‘. Alle drei Referate waren sehr hilfreich für die weitere Präzisierung der programmatischen Arbeit.

Zum Abschluß der Konferenz wurden sowohl eine Wahlkommission wie eine Programmkommission gebildet. Damit letztere effektiv ihre Arbeit aufnehmen kann, wurde für die Arbeit der Programm-AGs eine Deadline zum 19. Februar gesetzt, bis wohin noch Programm-Entwürfe eingereicht werden können. Die letzte der drei Kommunalpolitischen Konferenzen wird sich am 16. April u.a. mit der Diskussion des Gesamtprogramm-Entwurfs beschäftigen.

pst

.....
 (... Fortsetzung „Helfer*innen und Flüchtlinge ... von Seite 5)

Kommunikationsprobleme erzeugen Fehlentscheidungen und Unannehmlichkeiten bis hin zu Gefährdungen für alle Beteiligten. Hier liegt das zentrale jetzt zu klärende Problem. Die Helfer*innen wollen, dass mit ihnen, mit dem Betreiber und der Stadt ein Runder Tisch eingerichtet wird, worauf Geschäftsführer Bonder überheblich reagierte. Wichtig wäre ein sofortiger Aufnahmestopp, bis die Bauarbeiten abgeschlossen sind. Stattdessen ist von weiteren 50 Bewohnern die Rede, die hier leben sollen. Die wichtigste Frage, die sich den Helfer*innen stellt ist derzeit, was politisch dahinter steht: Ist es so gewollt, dass hier, abseits von Politik und Presse, eine lieblose Durchgangsstelle davon zeugt, dass manche Flüchtlinge willkommen sind als andere, die ohnehin bald abgeschoben werden?

Für das Projekt OM10 haben sich in den vergangenen Wochen viele Gruppierungen, Gewerkschaften, Parteien, Einzelpersonen ausgesprochen, die die

Besetzung und Umgestaltung des ehemaligen DGB-Gebäudes in der Oberen Maschstraße 10 als großartiges Projekt für Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete würdigen. Tim und Lisa berichteten, dass weiterhin jede Nacht Dienst am Bahnhof gemacht wird, wo auf der Durchreise „Gestrandete“ versorgt werden. Im OM10 gibt es Cafés, Konzerte, Deutschkurse, Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten, politische Veranstaltungen, weitere Wohnungen werden ausgebaut. Besonders wichtig ist den Besetzer*innen, das Thema Leerstand hervorzuheben. Schließlich gibt es genügend Gebäude, die umgenutzt werden könnten.

Ein Architekturprojekt der Uni Hannover zeigt: Mit Kreativität entsteht Wohnraum sogar günstiger als in Containern, vor allem aber sogar innenstädtisch. Womit Herr Tölle vom DGB ins Spiel kommt. Der hatte sich, von heftiger Kritik gefolgt, gegen Flüchtlinge in der Göttinger Innenstadt ausgesprochen. Für Verhandlungen

mit den Bewohner*innen des OM10 wird zukünftig vermutlich nicht mehr Tölle, sondern der DGB-Bundesvorstand oder die VTG zuständig sein.

Für das Bleiberecht der von Abschiebung bedrohten Göttinger Roma-Familien hat sich inzwischen ein stärkerer Unterstützer*innenkreis gefunden, berichtete Konrad. Roma, AK Asyl und viele andere planen weitere Aktionen für die schätzungsweise 80 allein in Göttingen zurzeit von Abschiebung bedrohten Roma. Es drohen unglaubliche und bodenlose Maßnahmen: Schüler*innen, die hier geboren wurden und hier aufgewachsen sind, sollen plötzlich in den Kosovo abgeschoben werden. Die Politik demonstriert Härte, was ohne die lauten Proteste weitgehend unbemerkt bliebe. Die Bündnisse kämpfen für die betroffenen Familien. Wir Linken in Göttingen bleiben bei unserer Haltung und stehen zum Bleiberecht für alle!

(mb)